



# Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Sektion Politische Psychologie  
Angewandte Sozialpsychologie

Newsletter April 2025

In dieser Ausgabe:

## AKTUELLES

1. Artikel - Ambiguitätstoleranz im Kontext der Pandemie-Erfahrungen
2. Deutscher Frauenrat: Koalitionsverhandlungen müssen Fortschritte bringen
3. FidAR: Sichtbarkeit von Frauen im Fokus
4. BMFSFJ: 14. Deutscher Seniorentag in Mannheim

## VERÖFFENTLICHUNGEN

1. DIW Berlin: Studie – Rentenansprüche von Frauen bleiben mit steigender Kinderanzahl deutlich hinter denen von Männern zurück
2. DIW Berlin: Artikel – Forschungsdatengesetz: Fakten stärken Vertrauen in Politik und Wissenschaft
3. DIW Berlin: Artikel – Die Umverteilung von Jung zu Alt muss enden
4. DIW Berlin: Studie – Sprach- und Mathekompetenzen hängen in Deutschland bei Schulstart stärker von sozialer Herkunft ab als in anderen Ländern
5. DIW Berlin: Studie – Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit

---

## AKTUELLES

1. Artikel - Ambiguitätstoleranz im Kontext der Pandemie-Erfahrungen

Ein Artikel zum Thema **Ambiguitätstoleranz im Kontext der Pandemie-Erfahrungen** wurde von der Studienleiterin für Jugendpolitik und Jugendbildung sowie **Diplom-Psychologin Julia Wunderlich** verfasst. In dem Artikel wird erläutert, wie die Ambiguitätstoleranz als Konzept dazu beitragen kann, die unterschiedlichen Reaktionen auf die hoch ambigen Situationen während der Lockdowns zu erklären, sowohl auf individueller als auch gesellschaftlicher Ebene. Der Text fordert zu einer Reflexion auf, wie extreme Ereignisse, die außerhalb des Gewohnten lagen, die Menschen beeinflussten und welche Nachwirkungen bis heute spürbar sind.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **Artikel**:

<https://web.ev-akademie-tutzing.de/rotunde/index.php/ambiguitaetstoleranz-als-handwerkszeug/>

2. Deutscher Frauenrat: Koalitionsverhandlungen müssen Fortschritte bringen

Während die **Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD** mit hohem Tempo voranschreiten, richtet der **Deutsche Frauenrat (DF)** einen **eindringlichen Appell** an die Verhandlungsteams: **Gleichstellung** muss in allen Arbeitsgruppen **oberste Priorität** haben.

**Dr. Beate von Miquel**, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, betont die Dringlichkeit: „Gleichstellung darf trotz des hohen Tempos bei den Verhandlungen auf keinen Fall hinten runterfallen. In Zeiten globaler Krisen muss unser Land wirtschaftliche Stärke wiedergewinnen, Innovationskraft entfesseln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Ohne Frauen kann dieser Wandel nicht gelingen.“

Der Deutsche Frauenrat fordert **grundlegende Reformen** – etwa in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Pflege – die konsequent im Rahmen einer umfassenden Gleichstellungsstrategie gestaltet werden müssen. Nur wenn Frauenrechte gestärkt werden, könne **Deutschland auf Zukunftskurs** gebracht werden.

„Wir brauchen **starke Frauenrechte**, um unser Land auf die Überholspur zu bringen“, so von Miquel weiter.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:

<https://www.frauenrat.de/ohne-gleichstellung-keine-zukunft/>

### 3. FidAR: Sichtbarkeit von Frauen im Fokus

**FidAR** (Frauen in die Aufsichtsräte) sieht die **Sichtbarkeit von Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen** im Fokus. Den Auftakt machte die Konferenz "**Breaking BAIS**" an der Technischen Universität München, bei der die Frage im Mittelpunkt stand, wie Frauen in **Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien** stärker sichtbar gemacht werden können. Organisiert wurde das Programm von **Isabell Welp** und **Theresa Treffers**. Ein besonderer Impuls kam von **Elke Benning-Rohnke**, Gründerin von 2TOP und FidAR-Mitglied, mit ihrem Vortrag über die „**ambivalente Sichtbarkeit**“ von Frauen – ein Thema, das bei vielen Zuhörenden großen Anklang fand.

Ein Highlight der Konferenz war der Beitrag von **Ricarda Lang** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die live aus Berlin zugeschaltet war. Unter dem Titel "**Female Leadership: Warum Fortschritt weiblich ist**" sprach sie über die Repräsentation von Frauen im Bundestag und betonte, dass Gleichstellung kein Selbstläufer sei, sondern hart erkämpft und ständig verteidigt werden müsse. Sie hob besonders die **Bedeutung von Quotenregelungen** hervor – wie bei ihrer eigenen Partei oder dem FÜPoG (Führungspositionen-Gesetz) – als wirksames Mittel gegen strukturelle Ungleichheiten.

Im Austausch mit **Ines Schwerdtner**, Parteivorsitzende der Linken, wurde über die Gleichstellungspolitik der kommenden Legislaturperiode diskutiert. Zwar sank der Frauenanteil im Bundestag auf **32,4 %**, doch die Linke stellt mit **56,2 %** einen der höchsten Anteile weiblicher Abgeordneter. Schwerdtner betonte das Engagement ihrer Partei für **Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit und Gleichstellung**, auch in überfraktioneller Zusammenarbeit.

Ein weiteres Highlight war das Interview von **Eva Kreienkamp**, FidAR-Gründungsmitglied, in der *Rhein-Zeitung*. Sie kandidiert als Bürgermeisterin in der Verbandsgemeinde Rengsdorf-Waldbreitbach und will so ein Zeichen gegen den geringen **Anteil von weiblichen Bürgermeisterinnen** setzen – dieser liegt bundesweit nur bei **14 %**.

### 4. BMFSFJ: 14. Deutscher Seniorentag in Mannheim

Am 2. April hat **Bundesseniorenministerin Lisa Paus** gemeinsam mit der Vorsitzenden der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisation (BAGSO)**, **Frau Dr. Regina Görner**, unter

dem Motto „Worauf es ankommt“ den **14. Deutschen Seniorentag** in Mannheim eröffnet. Der Deutsche Seniorentag bot mit einer Fachmesse und zahlreichen Veranstaltungen Informationen und Impulse für ein gutes Leben im Alter. Politik, Verbände und Gesellschaft diskutierten **zentrale Fragen der Seniorenpolitik**. Rund 15.000 Besucher\*innen konnten sich bei 150 Aussteller\*innen und in 120 Einzelveranstaltungen umfassend informieren.

Bundesseniorenministerin Lisa Paus betont die **zentrale Rolle älterer Menschen in unserer Gesellschaft**. Sie hebt hervor, dass Senior\*innen nicht nur in der Familie, sondern auch im gesellschaftlichen Leben eine tragende Säule darstellen. Dennoch sieht Paus **Handlungsbedarf**: Es mangle oft an Respekt und Wertschätzung gegenüber der älteren Generation. Viele Senior\*innen fühlen sich nicht ausreichend anerkannt und wahrgenommen. Die Ministerin ruft dazu auf, das Bild vom Alter in der Gesellschaft zu überdenken und ältere Menschen mit mehr Respekt zu behandeln. Ein weiterer Fokus liegt auf der digitalen Teilhabe älterer Menschen. Paus betont die Bedeutung, Senior\*innen den Zugang zu digitalen Technologien zu erleichtern, um ihre gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und Einsamkeit vorzubeugen. In diesem Rahmen verlieh Paus Preise im Wettbewerb **"Kommunal.Digital.Genial"** des Digitalpakts Alter. Der Wettbewerb zeichnet Kommunen aus, die innovative Projekte zur Förderung der digitalen Teilhabe älterer Menschen entwickelt haben.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/lisa-paus-aeltere-menschen-sind-das-fundament-unserer-gesellschaft--258786>

---

## VERÖFFENTLICHUNGEN

### 1. DIW Berlin: Studie – Rentenansprüche von Frauen bleiben mit steigender Kinderanzahl deutlich hinter denen von Männern zurück

Die Studie des **Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)** untersucht die **Unterschiede in den Rentenansprüchen zwischen Männern und Frauen**, insbesondere den **Einfluss von Kindererziehungszeiten** auf die Rentenhöhe von Müttern. Anhand von Daten der Deutschen Rentenversicherung wird analysiert, inwieweit die Einführung und Ausweitung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten seit 1986 die Rentenansprüche von Müttern verbessert haben.

Die Ergebnisse zeigen, dass **Frauen** im Alter von 60 Jahren **durchschnittlich 31,4 Prozent niedrigere Rentenansprüche** als Männer haben, was den sogenannten **Gender Pension Gap** widerspiegelt. Dieser Gender Pension Gap entsteht nicht nur durch geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, sondern vor allem durch unterschiedliche Erwerbsverläufe, welche durch familiäre Rollenverteilungen und Kindererziehungszeiten beeinflusst werden.

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass **Mütter besonders stark von der Rentenlücke betroffen** sind. In **Westdeutschland** liegen die Rentenansprüche von Frauen mit Kindern um 26 Prozent unter denen von kinderlosen Frauen. In **Ostdeutschland** hingegen zeigt sich ein gegenteiliger Effekt, weil Mütter im Schnitt sogar höhere Rentenansprüche als kinderlose Frauen haben. Dieser Unterschied wird vor allem durch die im Osten traditionell höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen auch nach der Geburt von Kindern erklärt.

Bei der Analyse **rentenrechtlicher Reformen** zeigt die Studie, dass diese Maßnahmen die **Rentenlücke** zwischen Müttern und kinderlosen Frauen zwar **verringert** haben, aber **nicht vollständig geschlossen**. Die zugeschriebenen Rentenpunkte reichen oft nicht aus, um die Einbußen aus Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit oder den Verzicht auf beruflichen Aufstieg zu kompensieren.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die **bisherigen Maßnahmen** zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentensystem **nicht ausreichen**, um die strukturellen Nachteile von

Müttern im Erwerbsleben vollständig auszugleichen. Um eine gerechtere Verteilung der Rentenansprüche zu erreichen, braucht es ein **umfassendes Zusammenspiel aus renten-, steuer- und familienpolitischen Maßnahmen**.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **gesamten Studie**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.941458.de/25-12-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.941458.de/25-12-1.pdf)

## **2. DIW Berlin: Artikel – Forschungsdatengesetz: Fakten stärken Vertrauen in Politik und Wissenschaft**

Der Artikel "**Forschungsdatengesetz: Fakten stärken Vertrauen in Politik und Wissenschaft**" wurde von **Alexander Schiersch** und **Hannes Ullrich** verfasst und vom **Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** veröffentlicht. Die Autoren thematisieren die Bedeutung eines Forschungsdatengesetzes für Deutschland, insbesondere im Kontext der kürzlich gescheiterten Ampelkoalition, die das Gesetzesvorhaben vorerst zum Stillstand brachte.

Schiersch und Ullrich betonen, dass die derzeitige Gesetzeslage in Deutschland **Forschenden oft den Zugang zu vorhandenen Daten erschwert**, was im europäischen Vergleich ungewöhnlich ist. Sie argumentieren, dass eine **verbesserte Datenverfügbarkeit die Anzahl hochwertiger wissenschaftlicher Publikationen** erhöht und deren **Nutzung in politischen Entscheidungsprozessen fördert**. Internationale Erfahrungen, insbesondere aus den USA, zeigen, dass ein besserer Zugang zu amtlichen Mikrodaten die wissenschaftliche Produktion und deren Einfluss auf die Politik signifikant steigert. Zudem würde eine effizientere Verwendung öffentlicher Mittel ermöglicht, was angesichts geplanter schuldenfinanzierter Ausgaben in Billionenhöhe von großer Bedeutung ist.

Die Autoren heben hervor, dass der vorliegende Entwurf des Forschungsdatengesetzes wesentliche **Probleme** adressiert:

- Schaffung einer **Datentreuhandstelle**
- Verbesserung der **rechtlichen Rahmenbedingungen** für die Bereitstellung und Verknüpfung unterschiedlichster Daten
- Einführung **moderner Zugangsverfahren**

Diese Maßnahmen sind essenziell, um politisches Lernen zu fördern, die Wirksamkeit öffentlicher Maßnahmen zu bewerten und innovative Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln.

Schiersch und Ullrich plädieren dafür, dass die nächste Bundesregierung das **Gesetzgebungsverfahren priorisieren** und auf den bereits geleisteten Vorarbeiten aufbauen sollte, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden. Ein **modernes Forschungsdatengesetz** sei entscheidend, um das Vertrauen in Politik und Wissenschaft zu stärken und Deutschland im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu halten.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **gesamten Artikel**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.942112.de/diw\\_aktuell\\_115.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.942112.de/diw_aktuell_115.pdf)

## **3. DIW Berlin: Artikel – Die Umverteilung von Jung zu Alt muss enden**

Der Artikel "**Die Umverteilung von Jung zu Alt muss enden**" von Marcel Fratzscher wurde vom **Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** veröffentlicht, diskutiert die **Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik**, um eine gerechtere Verteilung zwischen den Generationen zu erreichen.

Fratzcher betont, dass die kürzlich beschlossene Grundgesetzänderung zur **Einführung von Sondervermögen und Anpassungen der Schuldenbremse** einen **bedeutenden Wandel** in der deutschen Finanzpolitik darstellt. Diese Entscheidung korrigiert die bisherige Fixierung Deutschlands auf Schuldenabbau und Sparmaßnahmen und erkennt an, dass ohne erhebliche öffentliche Investitionen in Bereiche wie Infrastruktur, Bildung und Verteidigung der wirtschaftliche Wohlstand und die Sicherheit des Landes nicht gewährleistet werden können.

Der Autor hebt hervor, dass die **Einrichtung von Sondervermögen** zwar **pragmatisch**, aber **nicht ideal** ist, da dauerhafte Aufgaben grundsätzlich über den Kernhaushalt finanziert werden sollten. Sondervermögen könnten demokratische Kontrollmechanismen umgehen und potenziell europäischen Regelungen widersprechen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der **dringenden Reform der Schuldenbremse**. Obwohl **Deutschlands explizite Staatsverschuldung** mit 63 Prozent **vergleichsweise niedrig** ist, gibt es erhebliche implizite Schulden in den Sozialsystemen, insbesondere gegenüber der Babyboomer-Generation. Diese **implizite Verschuldung** wird auf **über 300 Prozent** des jährlichen BIP geschätzt. Fratzscher argumentiert, dass die politische Antwort auf den demografischen Wandel oft eine **verstärkte Umverteilung von Jung zu Alt** war, was mittlerweile wirtschaftlich schädlich sei.

Abschließend plädiert Fratzscher für eine **Korrektur dieser Umverteilung**, die auch **Verzicht seitens der Babyboomer-Generation** beinhalten könnte.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:

[https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.942274.de/nachrichten/die\\_umverteilung\\_von\\_jung\\_zu\\_alt\\_muss\\_enden.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.942274.de/nachrichten/die_umverteilung_von_jung_zu_alt_muss_enden.html)

#### **4. DIW Berlin: Studie – Sprach- und Mathekompetenzen hängen in Deutschland bei Schulstart stärker von sozialer Herkunft ab als in anderen Ländern**

In Deutschland besteht bereits zu Beginn der Schulzeit ein **starker Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und ihren mathematischen sowie sprachlichen Kompetenzen**. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) untersucht diese Zusammenhänge im **internationalen Vergleich** und beleuchtet die Auswirkungen auf die Bildungsgerechtigkeit.

Die DIW-Studie zeigt, dass Deutschland bei der sozialen Ungleichheit im Bildungserfolg von Kindern im internationalen Vergleich besonders schlecht abschneidet. In Deutschland lassen sich **19,5 % der Unterschiede in Sprachkompetenzen** und **13,9 % in Mathematikkompetenzen** von Schulanfänger\*innen auf die soziale Herkunft zurückführen. Damit liegt Deutschland im Bereich Sprache an der Spitze, bei Mathematik nur knapp hinter den USA (**14,2 %**). In Frankreich (Sprache: **6,8 %**, Mathematik: **7,4 %**), Japan (Sprache: **4,6 %**, Mathematik: **7,1 %**) und dem Vereinigten Königreich (Sprache: **10,1 %**, Mathematik: **8,7 %**) sind die Einflüsse deutlich geringer.

Besonders prägend ist der **Bildungsstand der Eltern**: Er hat durchweg eine größere **Erklärungskraft** als das Einkommen. Die Studie betont, dass Kinder aus weniger gebildeten Haushalten unabhängig vom Einkommen deutlich geringere Startchancen haben, was ein Hinweis auf strukturelle Barrieren im Bildungssystem ist.

Um die bestehenden Bildungsungleichheiten zu reduzieren, empfiehlt die Studie den **Ausbau qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote**. Solche Maßnahmen könnten dazu beitragen, die **Chancengleichheit zu erhöhen** und den **Einfluss der sozialen Herkunft** auf die Bildungskarrieren der Kinder zu **verringern**.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur gesamten **Studie**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.944390.de/25-14-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.944390.de/25-14-1.pdf)

## **5. DIW Berlin: Studie – Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit**

Sandra Bohmann, Susann Fiedler, Max Kasy, Jürgen Schupp und Frederik Schwerter veröffentlichten die Ergebnisse eines dreijährigen Feldexperiments zum Thema **bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)** in Deutschland. Unter dem Titel **„Pilotprojekt Grundeinkommen: kein Rückzug vom Arbeitsmarkt, aber bessere mentale Gesundheit“** analysiert die Studie die **Wirkungen regelmäßiger, bedingungsloser Geldtransfers in Höhe von 1.200 Euro** monatlich auf Arbeitsmarktbeteiligung, Konsumverhalten sowie mentale Gesundheit und subjektives Wohlbefinden. Die Debatte um das BGE wird seit Jahren kontrovers geführt.

In der von **„Mein Grundeinkommen e. V.“** initiierten und vom **DIW Berlin** sowie der **Wirtschaftsuniversität Wien** begleiteten Studie nahmen **107 Personen** an einem realen Experiment teil. Sie lebten in Einpersonenhaushalten, waren zwischen 21 und 40 Jahre alt und verfügten zu Studienbeginn über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1.100 und 2.600 Euro. Über einen Zeitraum von drei Jahren – von Juni 2021 bis Mai 2024 – erhielten sie monatlich 1.200 Euro zusätzlich, bedingungslos. Die **Vergleichsgruppe** bestand aus **1.580 Personen** mit ähnlichem Profil, erhielt aber nur geringe Aufwandsentschädigungen für Umfrageteilnahmen. Beide Gruppen wurden mittels randomisierter, geschichteter Zuweisung gebildet.

Die Ergebnisse zeigen, dass **37 Prozent der monatlichen Geldzahlung – also rund 447 Euro – gespart** wurden. Damit lag die durchschnittliche monatliche Sparquote in der Maßnahmengruppe bei 779 Euro, gegenüber nur 332 Euro in der Kontrollgruppe. Darüber hinaus wurden **durchschnittlich 76 Euro monatlich** für die **Unterstützung von Familie und Freund\*innen** und **16 Euro für Spenden** verwendet. Etwa **617 Euro monatlich** flossen in Konsumausgaben. Die Ausgaben für Wohnen blieben stabil.

Es gab **keinen Rückgang der Erwerbstätigkeit**. In beiden Gruppen lag die Erwerbsquote konstant bei rund 90 %, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug durchgehend etwa **40 Stunden**. Der Unterschied im monatlichen Bruttoeinkommen zwischen beiden Gruppen betrug 127 Euro, war aber statistisch nicht signifikant. Ebenso wenig signifikant waren Unterschiede im Anteil der Selbstständigen oder im Anteil derer, die in Ausbildung oder Studium waren.

Auch die **Zeitverwendung** änderte sich: Die Teilnehmenden der Maßnahmengruppe verbrachten **wöchentlich 3,8 Stunden mehr mit sozialen Kontakten**, insbesondere mit Freund\*innen und Familie. Leichte, aber statistisch nicht signifikante Zuwächse gab es auch beim Schlaf (+1 Stunde pro Woche), beim Ehrenamt und beim Bildungsengagement.

Die stärksten Effekte zeigten sich im Bereich der **mentalenen Gesundheit und des subjektiven Wohlbefindens**. Die allgemeine Lebenszufriedenheit war in der Maßnahmengruppe um **0,42 Standardabweichungen** höher. Die mentale Gesundheit verbesserte sich um **0,3 Standardabweichungen**, das Gefühl von Sinnhaftigkeit um **0,25 Standardabweichungen**. Auch die Zufriedenheit mit Einkommen, Freizeit, Schlaf, Gesundheit und sozialen Kontakten war in der Maßnahmengruppe signifikant höher.

Insgesamt **entkräftet** die Studie den **weit verbreiteten Stereotyp des bedingungslosen Grundeinkommens als Einladung zum Rückzug aus der Arbeitswelt**. Die Teilnehmenden nutzten die Zahlungen nicht nur für Konsum, sondern investierten sie auch in Sparvermögen, soziale Beziehungen und Gesundheit.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **gesamten Studie**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.945392.de/25-15-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.945392.de/25-15-1.pdf)

**Liebe Mitglieder der Sektion Politische Psychologie des BDP,**

**wir wünschen Ihnen und Ihren Liebsten ein schönes Osterfest.**

**Mit herzlichen Grüßen**

**Ihre Sektion Politische Psychologie**

